

## **Beschluss des Landesbehindertenbeirates 6/2015**

### **Frauen und Mädchen mit Behinderung vor Gewalt und Missbrauch schützen – Landesaktionsplan im Handlungsfeld 5.7 aktualisieren**

- I. Der Landesbehindertenbeirat fordert die Landesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der 13. Tagung des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen vom März/April 2015 in Genf einzuleiten.**
- II. Der Landesbehindertenbeirat erwartet, dass insbesondere die Empfehlungen zum Artikel 16, die unter Nr. 36 formuliert sind, auch auf Landesebene entsprechend umgesetzt werden. Dazu sind die im HF 5.7 des Landesaktionsplanes aufgeführten Maßnahmen**
  - 1. inhaltlich zu konkretisieren und zeitlich fixierte Schritte festzulegen**
  - 2. finanziell zu untersetzen.**
- III. Entsprechend den Vorschlägen der UAG Frauen mit Behinderung HF 5.7 sollten für das Jahr 2016 folgende Maßnahmen umgesetzt werden:**
  - 1. Vorbereitung und Durchführung einer Fachtagung zu den Ergebnissen der im Rahmen eines europäischen Daphne-Projektes durchgeführten „4 - Länderstudie“ über den „Zugang von Frauen mit Behinderungen zu Opferschutz- und Unterstützungseinrichtungen bei Gewalterfahrungen“, einschließlich der dort erarbeiteten *Leitlinien zur Identifikation von ‚Guten Praxisbeispielen‘ für einen barrierefreien Zugang zu Unterstützungseinrichtungen bei Gewalterfahrungen (Mai 2014)***
  - 2. Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Umsetzung der in Punkt 36 der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses geforderten Strategie für das Land Sachsen-Anhalt einschließlich der finanziellen Absicherung.**
- IV. Zur Verbesserung der Situation in der Beratungslandschaft sollen folgende Sofortmaßnahmen in Angriff genommen werden:**
  - 1. Weiterbildung des Fachpersonals in den Frauenhausberatungsstellen und Frauenhäusern zur Spezifik der Arbeit mit Frauen mit Behinderungen**
  - 2. Aufstockung der Beratungsstunden der Frauenberatungsstellen auf 40 Std.**
  - 3. Einbeziehung von Ansprechpartnerinnen aus der eigenen Peergruppe.**
  - 4. Breitere Bekanntmachung des bundesweiten kostenlosen FrauenNotrufes, der spezielle Beratungsangebote für Frauen mit verschiedenen Behinderungen vorhält**  
**(Telefon: 0800 116 016, rund um die Uhr erreichbar)**
- V. Zur Umsetzung der Punkte 15./16 (a, b) der Abschließenden Bemerkungen (Artikel 6 der UN-BRK) auf Landesebene ist ein langfristiges Konzept zu erarbeiten, das die aktuellen Problemlagen weiblicher Flüchtlinge und Migrantinnen einbezieht.**

## **Begründung**

Nach Abschluss des Staatenberichtsverfahrens zur 1. Berichterstattung der Bundesregierung in Umsetzung der UN-BRK vor dem UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Genf wurden die ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN ÜBER DEN ERSTEN STAATENBERICHT DEUTSCHLANDS verabschiedet.

Die AG Inklusion hat sich in ihrer Beratung am 28.08.15 mit den Empfehlungen des UN-Fachausschusses zu den Artikel 6 und 16 UN-BRK beschäftigt. Sie nahm einen Bericht von Frau Beier, die auch Mitglied der UAG HF 5.7 des LAP ist, entgegen und unterstützt die von ihr vorgetragenen Beschlussempfehlungen.

Die Empfehlungen des Ausschusses sowie die Ergebnisse der 4-Länder-Studie im Rahmen des DAPHNE-Projektes machen aus Sicht der AG Inklusion dringend eine Konkretisierung des Maßnahmekataloges im Handlungsfeld 5.7 des Landesaktionsplanes erforderlich.

Besonders die Ergebnisse verschiedener Studien zu Gewalterfahrungen von Frauen mit Behinderungen zeigen, wie dringend eine Verbesserung der Beratungssituation ist.

Nur 1 % der Unterstützungseinrichtungen für Frauen sind als spezifische Anlaufstellen für Frauen mit Behinderungen bei Gewalterfahrungen ausgewiesen. Und von diesen haben die betroffenen Frauen und Mädchen kaum Kenntnis. Von den meisten Unterstützungs- und Beratungseinrichtungen wissen Frauen mit Behinderungen häufig nicht einmal, dass diese auch für sie zur Verfügung stehen würden. Weiterhin gibt es kaum Kenntnis darüber, dass sie ein RECHT auf Beratung und Unterstützung bei Gewalterfahrungen haben. Viele der befragten Frauen wünschen sich Ansprechpartnerinnen aus der eigenen Peergruppe.